

GAIA

1 | 2017

ECOLOGICAL PERSPECTIVES FOR SCIENCE AND SOCIETY
ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT

25
Years of
GAIA



- RESEARCH ON NATURAL RESOURCES
- ECOSYSTEM ASSESSMENT IN GERMANY
- TEN STEPS TO TRANSDISCIPLINARITY

Warum sich die Klimaforschung mit harten Machtverhältnissen beschäftigen muss

Reaktion auf L. Partzsch in GAIA 24/1 (2015): *Kein Wandel ohne Macht – Nachhaltigkeitsforschung braucht ein mehrdimensionales Machtverständnis*

Why Climate Research Needs to Take a Closer Look at Hard Power Relations

GAIA 26/1 (2017): 13–15 | **Keywords:** climate justice, environmental politics, hegemony, power relation, social change, sustainability

Achim Brunnengräber

Einem konfrontativen Machtbegriff, der vor allem die Stabilität des bestehenden gesellschaftlichen und politischen Systems betont, setzt Lena Partzsch in ihrem GAIA-Beitrag *Kein Wandel ohne Macht* (Partzsch 2015) eine differenziertere Machtkonzeption entgegen. Ziel ihrer idealtypischen Unterteilung in *power with* (Überzeugen und Lernen), *power to* (Widerstand und Empowerment) und *power over* (Zwang und Manipulation) ist, die wissenschaftlichen Arbeiten zu Umweltfragen zu systematisieren. Zudem will sie dazu beitragen, dass Machtasymmetrien (*power over*) durch konsensuale Formen der Machtausübung (*power with*, *power to*) „nicht nur reproduziert, sondern auch überwunden werden“ (Partzsch 2015, S. 55). Damit führt sie ein normativ geprägtes Machtkonzept ein, aus dem sie ein grundsätzliches Potenzial für Transformationsprozesse ableitet.

Das kontrastiert mit ihrer einleitenden, ernüchternden Feststellung, dass es um die Umweltpolitik und Nachhaltigkeit nicht gut bestellt sei. „Obwohl der Handlungsbedarf unumstritten ist, wurde in den letzten Jahrzehnten kein signifikanter gesellschaftlicher und politischer Wandel erzielt“ (S. 48). Umso interessanter ist, dass Partzsch die Verbindungen zwischen den idealtypischen Unterscheidungen von Macht am Beispiel der Klimapolitik und daraus abgeleitet „die Ermöglichung oder Verhinderung von Wandel diskutieren will“ (S. 49). Hier setzt dieser Beitrag an, in dem ich zunächst den vagen Machtbegriff um eine (gramscianische) Hegemonieperspektive ergänze. Es folgen Überlegungen zur *hard power* (= *power over*) in der Klimapolitik, um zu zeigen, wie facettenreich Machtkonstellationen sind. Schließlich argumentiere ich, dass dem Klimawandel alleine mit *soft power* (= *power with*) nicht beizukommen sein wird.

Macht, Herrschaft und Hegemonie

Nach Max Weber verfügt über Macht, wer seine einseitig definierten Ziele durchsetzen kann, ohne sich äußeren Ansprüchen (etwa der öffentlichen Meinung oder der Wissenschaft) unterwerfen oder diesen entgegenkommen zu müssen (Weber 1972). Dass

Macht nicht mehr ausschließlich mit Zwang, sondern mit subtileren Verfahren und in Diskursen ausgeübt wird, ist hinlänglich bekannt (Bauriedl 2016). Schon das Narrativ des globalen Klimawandels, das internationale Antworten erfordert, schafft vermeintliche Sachzwänge, auf die machtvoll reagiert wird. Darauf verweist die Theorie der passiven Revolution von Antonio Gramsci: In einem offenen politischen Prozess greifen die herrschenden sozialen Gruppen oppositionelle und gegenhegemoniale Forderungen und Meinungen auf und inkorporieren diese politisch wie ideologisch (Gramsci 2012, S. 101). So waren es zunächst wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure, die Mitte der 1980er-Jahre auf den Klimawandel und die zerstörerische Produktionsweise des fossil-nuklearen Energieregimes hinwiesen. Das Thema wurde von staatlicher Seite aufgegriffen, die Maßnahmen blieben aber weitgehend kosmetischer Art. Ein grundlegender politischer Wandel zur nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise wurde bis heute nicht eingeleitet.

Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft werden in Gramscis Verständnis nicht als Gegensätze angesehen, sondern als eine machtförmig verwobene Gemengelage. Staat und Zivilgesellschaft bilden eine relative Einheit, in der auch ökonomische Widersprüche auftreten. Hegemonie gilt als das komplexe Ineinandergreifen von Konsens und Zwang. Das Ziel der hegemonialen Gruppe ist vor allem, ihre partikularen Interessen zu universalisieren und die beherrschten Gruppen konsensual in die eigene Strategie einzubinden, nicht jedoch die für das Grundproblem verantwortlichen Herrschaftsverhältnisse zu beseitigen. Dem versuchen Netzwerke der Klimagerechtigkeit (etwa 350.org) oder Anti-Kohle-Initiativen rund um den Globus etwas entgegenzusetzen – wenn auch mit mäßigem Erfolg.

Kontakt: PD Dr. Achim Brunnengräber | Freie Universität Berlin | Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU) | Ihnestr. 22 | 14195 Berlin | Deutschland | Tel.: +30 838 58628 | E-Mail: achim.brunnengraeber@fu-berlin.de

© 2017 A. Brunnengräber; licensee oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution License (<http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.

Stabilität beruhend auf Konsens

Aus einer macht- und hegemonietheoretischen Perspektive kann das Pariser Klimaabkommen von 2015 demzufolge als Projekt der Herrschenden auf der Suche nach Konsens verstanden werden, das weite Teile der Zivilgesellschaft mitrugen (Bedall 2014). Mit der Einigung der internationalen Staatengemeinschaft auf das Ziel, die durchschnittliche Erderwärmung auf unter zwei Grad zu beschränken – bei gleichzeitiger Beibehaltung eines neoliberalen Wirtschaftsmodells – wurden bestehende Konflikte aber nur verdeckt. Der Weg in eine Zukunft ohne fossile Energieträger wurde nur symbolisch geebnet. Ein Blick auf ein Vierteljahrhundert zelebrierter Erfolge – von der UN-Rio-Konferenz (1992) über die Klimarahmenkonvention (1994) oder das Kyoto-Protokoll (2005) bis zum Paris-Abkommen (2015) – verdeutlicht vor dem Hintergrund realer Emissionsentwicklungen und sich zuspitzender Folgen des Klimawandels, dass sich an den Herrschaftsverhältnissen, die sich auf fossile Energien stützen, nichts verändert hat. Auch die Akteure der Zivilgesellschaft müssen als Bestandteil des hegemonialen Projekts angesehen werden: Ihre Rolle war die der Legitimationsressource (Brunnengraber et al. 2001, Dauvergne 2016).

Die Artikel des Pariser Abkommens sind so vage formuliert, dass es am Ende für die Vertragsstaaten keinen inhaltlichen Grund gab, das Abkommen nicht zu unterzeichnen. Im gleichen Maße, wie die Klimapolitik an instrumenteller Substanz einbüßt, scheinen die diskursiven Machtstrategien der Regierungen und der UN an Bedeutung zu gewinnen. Die Auswertung der deutschen und internationalen Presse in der Nachfolge der Pariser Klimakonferenz bestätigt, dass das Zustandekommen des Abkommens zwar von Staat und Zivilgesellschaft euphorisch gefeiert wurde; dass aber nicht thematisiert wurde, mit welchen Politikinstrumenten das anspruchsvolle Ziel erreicht werden soll. Die Berichterstattung musste gehalten bleiben, weil im Abkommen weder konkrete Fahrpläne noch Maßnahmen genannt werden. Jede Regierung ist gehalten, alle fünf Jahre neue Selbstverpflichtungen (*Intended Nationally Determined Contributions, INDC*) zum Klimaschutz einzureichen. Sanktionen sind nicht vorgesehen.

Auf nationaler Ebene setzt sich die *Macht des Nichthandelnmüssens* fort. Der *Klimaschutzplan 2050*, der federführend im Umweltministerium ausgearbeitet wurde und Deutschlands Maßnahmen festlegen soll, hätte schon im September 2016 im Kabinett verabschiedet werden sollen. Der Prozess geriet zum Fiasko und der Plan wurde zwischen Umwelt-, Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftsministerium kleingearbeitet. Kurz vor der Klimakonferenz in Marrakesch verständigte sich die schwarz-rote Regierung gerade noch auf eine stark verwässerte Strategie. Das spiegelt reale Entwicklungen wider. In Deutschland sind die Emissionen von 902 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten im Jahr 2014 auf 908 Millionen Tonnen 2015 angestiegen; dies in einem Land, das die Energiewende feiert und einst als Vorreiter im Klimaschutz galt.

Auch viele Klimaschutzpläne anderer Länder zeigen, dass Freihandel, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und hohe Lebensstandards mit Klimaschutz im Widerspruch stehen. Der *Synthesereport*¹, den das UN-Klimasekretariat zu den *INDC*-Berichten er-

stellt hat, verdeutlicht: Mit den propagierten Maßnahmen ist das 2-Grad-Ziel nicht zu erreichen. Staatliche Politik orientiert sich wesentlich am Zugang, der Kontrolle und der Ausbeutung von mineralischen Rohstoffen, fossilen Energieträgern und agrarischen Anbauflächen. In diese Prozesse sind immer auch *soziale (strukturelle) Machtbeziehungen* eingeschrieben. Mit den Strategien der Inwertsetzung von Natur und deren Folgen gehen Gefahren für Mensch und Gesundheit, Menschenrechtsverletzungen, Landvertreibungen und soziale Missstände einher, die als *harte Machterfahrungen* beschrieben werden können; in der Umwelt- und Klimaforschung werden diese Machtasymmetrien aber – anders als Partzsch suggeriert – kaum systematisch untersucht.

Macht, Ausbeutung und Gewalt

Dies gilt, obwohl der Klimawandel eine gesellschaftliche Wirkungstiefe erreicht hat, die lange schon mit den Kategorien Macht, Ausbeutung und Gewalt erfasst wird. So verwies bereits Alexander von Humboldt im Jahr 1800 darauf, dass die Menschen die Macht haben, ihre Umwelt zu zerstören und dass dies katastrophale Folgen haben könnte (Wulf 2015, S. 88). Seine Studien in Venezuela belegten, dass Urwaldrodungen, Großplantagen und künstliche Bewässerung Ökosysteme zerstören und das Klima ändern. Die seinerzeit etablierten sozialen (kolonialen) Verhältnisse wirken bis heute in den Strukturen der Weltwirtschaft fort. Neben den produktiven Wirkungen von Macht (siehe hierzu auch Arendt 1981), die Partzsch ja mit Recht betont, müssen daher auch die destruktiven (globalen) Machtbeziehungen berücksichtigt werden. Doch hier bestehen, weil mit der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik stets große Hoffnungen verbunden werden, erhebliche forschungspraktische Blindstellen.

Stephan Lessenich (2016) drückt es so aus: Wir würden nicht über *unsere* Verhältnisse leben, sondern über die Verhältnisse *anderer*. Damit will er sagen, dass der Wohlstandskapitalismus nicht zuletzt die globalen Ungleichheiten verschärft. Die „Externalisierungsgesellschaft“ (Lessenich 2016), in der die einen im Reichtum und die anderen in Armut leben, ist eng mit dem Klimawandel verknüpft. Während global die Vermögenden für die hohen Emissionen verantwortlich sind, tragen vor allem die sozial Benachteiligten die Lasten der Naturveränderung (Dietz und Brunnengraber 2008). Hier zeigen sich nicht nur die strukturellen, asymmetrischen Machtbeziehungen, die in den Weltwirtschaftsbeziehungen angelegt sind, sondern auch die soziale Dimension der Macht, weil der Überlegenheitsgesellschaft die Marginalisierten und Betroffenen gegenüberstehen. Die sozialen Kräfte, die der „Klimagerechtigkeit“ entgegenwirken, sind also erheblich.

Wie sehr Macht und Gewalt zusammenhängen, darauf weist Naomi Klein (2016): Macht, die sich allein aus gemeinsamer Politik speise und ohne Gewalt auskomme, klinge zwar verlockend, sei aber nur wenig realistisch. Die Förderung und Nut-

¹ <http://unfccc.int/resource/docs/2016/cop22/eng/02.pdf>

zung der fossil-nuklearen Brennstoffe sowie die Ausbeutung von Rohstoffen bedingt „Opferzonen“, die sich wie ein Schatten über die Erde legen. Die Ausbeutung der Teersande von Alberta oder die Ölförderung im Nigerdelta führen zu (gewaltsamen) Konflikten. Diese treten auch bei Landnutzungsänderungen und *land grabbing* auf, wenn etwa ein Waldgebiet zur CO₂-Senke erklärt und damit für die Nutzung durch die traditionelle Bevölkerung gesperrt wird, oder wenn Energiepflanzen für Agrartreibstoffe auf Flächen angebaut werden, die zuvor der Nahrungsmittelherstellung dienten (Dietz et al. 2014). Die Rohstoffausbeutung, die industrielle Landwirtschaft, die Strategien der Pharmakonzerne und ein hohes Konsumniveau sind machtförmig verwoben (Klein 2014). Jene, die über Macht verfügen, können solche Zusammenhänge ignorieren. Alltagserfahrung werden Macht und Gewalt für diejenigen, die in den „Opferzonen“ ausharren müssen.

Macht verhindert Klimagerechtigkeit

Würde das Pariser Abkommen ernstgenommen, wäre die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft – der zügige Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas – die logische Konsequenz. Die zentrale Frage müsste sein, wie der globale Energiebedarf nachhaltig gestillt wird sowie welche Effizienz- und Suffizienzmaßnahmen umgesetzt werden können, ohne neue Ungleichheiten zu schaffen. Der Wandel zu einer nachhaltigen Entwicklung wurde aber weder in den Industrieländern, die eine historische Schuld am Klimawandel haben, noch anderswo auf dem Globus in die Wege geleitet; im Gegenteil, er wurde durch stabile Herrschaftsverhältnisse und mit Macht unterbunden. So wird weiter an der Kohleverstromung festgehalten, obwohl deren negative gesundheitliche wie klimatische Folgen bekannt sind. Gegenhegemoniale zivilgesellschaftliche Akteure in den Anti-Kohle-Kampagnen haben mächtige Gegenspieler. Die Machtkonstellationen sind in ein fossiles Energieregime eingeschrieben, das mit wirtschaftlichen wie politischen und geostrategischen Interessen eng verknüpft ist. Deutlich wird, dass Umweltpolitik nicht nur ein abgrenzbares Politikfeld, sondern auf sehr konkrete Weise mehrdimensional ist. Das zeigt die beschriebene Verknüpfung der Umwelt- oder Klimapolitik mit Macht.

Die Facetten der Macht in der Klimapolitik legen nahe, sich dem Machtbegriff empirisch, über konkrete soziale Verhältnisse zu nähern. Schon Gerhard Göhler (2004, S. 245) fordert eine Neustrukturierung des Machtbegriffs (er spricht von transitiver und intransitiver Macht). Lena Partzsch setzt hier an und will das Forschungsfeld der Umweltpolitik besser systematisieren, wobei sie davon ausgeht, dass *hard power* durch *soft power* überwunden werden kann. Das mag partiell richtig sein. Doch in der Klimapolitik ist noch keine Dekarbonisierung großen Stils eingeleitet worden, weil fossil-nukleare Energieregime Macht absichern. Um die Interessen, Beharrungskräfte und Hindernisse im Transformationsprozess identifizieren zu können, sollten daher die Analysen gerade im Bereich von *power over* vertieft werden.

Die Pfadabhängigkeiten des fossil-nuklearen Energieregimes sind in die Gesellschaft insgesamt eingebettet – mit Konsequenzen

für Menschen, die machtlos sind. Um sich daraus zu lösen und eine Transformation zur Nachhaltigkeit einzuleiten, müssen also Ungleichheiten in den sozialen Kräfteverhältnissen und Machtbeziehungen aufgebrochen werden (Foucault 1977, S. 113). Sinnbild dafür sind die Kampagnen gegen Pipelines oder Besetzungen von Braunkohle-Tagebauten ebenso wie die zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Mobilisierungsprozesse gegen Klimaskeptiker, die durch Donald Trump neuen Auftrieb erfahren. Allein auf Lernprozesse zu vertrauen oder auf Leadership zu hoffen, genügt nicht – das haben 30 Jahre Klimapolitik gezeigt. Eine kritische Klimaforschung muss sich intensiver den sozialen (harten) und strukturellen Machtbeziehungen widmen, die der sozial-ökologischen Transformation im Weg stehen.

Für hilfreiche Hinweise danke ich Sybille Bauriedl und Philip Bedall.

Literatur

- Arendt, H. 1981. *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. 3. Auflage. München: Piper.
- Bauriedl, S. 2016. *Wörterbuch Klimadebatte*. Bielefeld: transcript.
- Bedall, P. 2014. *Climate Justice vs. Klimaneoliberalismus? Klimadiskurse im Spannungsfeld von Hegemonie und Gegen-Hegemonie*. Bielefeld: transcript.
- Brunnengräber, A., A. Klein, H. Walk (Hrsg.). 2001. *NGOs als Legitimationsressource. Zivilgesellschaftliche Partizipationsformen im Globalisierungsprozess*. Opladen: Leske & Budrich.
- Brunnengräber, A. (Hrsg.). 2011. *Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen als Akteure der nationalen, europäischen und internationalen Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, VS Research Energiepolitik und Klimaschutz.
- Dauvergne, P. 2016. *Environmentalism of the rich*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Dietz, K., A. Brunnengräber. 2008. Das Klima in den Nord-Süd-Beziehungen. Peripherie. *Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*. Schwerpunkt: Klima – Politik und Profit 112: 400–428.
- Dietz, K., B. Engels, O. Pye, A. Brunnengräber (Hrsg.). 2014. *The political ecology of agrofuels*. Oxford, UK: Routledge.
- Foucault, M. 1977. *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit*. Band 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Göhler, G. 2004. Macht. In: *Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung*. Herausgegeben von G. Göhler, M. Iser, I. Kerner. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 244–261.
- Gramsci, A. (Hrsg.). 2012. *Gefängnishefte*. Hamburg: Argument.
- Klein, N. 2014. *Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Klein, N. 2016. Let them drown. The violence of the othering in a warming world. *London Review of Books* 38/11, 2 June 2016. www.lrb.co.uk/v38/n11/naomi-klein/let-them-drown (abgerufen 09.02.2017).
- Lessenich, S. 2016. *Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. München: Hanser.
- Partzsch, L. 2015. Kein Wandel ohne Macht. Nachhaltigkeitsforschung braucht ein mehrdimensionales Machtverständnis. *GAIA* 24/1: 48–56.
- Weber, M. 1972. *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Erster Halbband. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Wulf, A. 2015. *Alexander von Humboldt und die Erfindung der Natur*. München: Bertelsmann.

Achim Brunnengräber



Geboren 1963 in Lorsch, Hessen. Privatdozent am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften, FU Berlin Berlin, Leiter des Forschungsprojekts *Entsorgung radioaktiver Abfälle aus Multi-Level-Governance-Perspektive* am Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU), FU Berlin.